

GdP im Austausch mit Finanzministerin Monika Heinold

Kiel – Zu Beginn der neuen Woche trafen sich Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) und Ulrich Bahr und Sven Neumann von der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Bei dem Austausch gaben die Gewerkschafter einen Einblick in die Stimmungslage unter den Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei. Die GdP erreichen fast täglich Nachfragen zu den im Herbst beginnenden Tarifverhandlungen für die Angestellten der Länder. Hier wird die Finanzministerin Heinold an der Seite von Finanzsenator Andreas Dressel (Hamburg) als stellvertretende Vorsitzende der Arbeitgeberseite an den Verhandlungen teilnehmen. Die GdP wird für die Arbeitnehmerseite mit am Tisch sitzen.



Ulrich Bahr betonte, dass es eine große Erwartungshaltung an die Tarifparteien gebe, einen spürbaren Tarifabschluss für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen. Sven Neumann erinnerte in diesem Zusammenhang an das Versprechen im Koalitionsvertrag, den Abschluss sodann zeit- und wirkungsgleich für die Beamten und Versorgungsempfänger zu übernehmen. Hoher persönlicher Einsatz, auch unter schwierigsten Bedingungen, benötige nach Auffassung von Sven Neumann und Ulrich Bahr auch eine echte spürbare Wertschätzung.

Doch Monika Heinold verwies auf die schwierige finanzielle Lage des Landes und machte keinerlei Versprechungen.

Ein weiteres Thema bei dem Gespräch war die alte GdP-Forderung nach dem sog. „stufengleichen Aufstieg“ für die Tarifangestellten. Es dürfe nicht angehen, dass jemand aufgrund der Übernahme von neuen, verantwortungsvollen Aufgaben höher eingruppiert werde, aber am Ende weniger verdiene als zuvor, weil nur eine niedrigere Erfahrungsstufe zuerkannt wird.

Hierbei zeigte sich die Finanzministerin offen. Ob dies dann am Ende Eingang in einen neuen Tarifvertrag finden wird, bleibt jedoch abzuwarten.

Am Ende des Gespräches wurde vereinbart, dass es auch zukünftig einen weiteren Austausch mit der Finanzministerin geben soll.

Ulrich Bahr äußerte sich nach dem Gespräch entschlossen: „Es ist gut, dass wir als GdP auch in direktem Austausch mit der Finanzministerin sind. Wichtig hierbei ist, dass Frau Heinold über die Stimmungslage unter unseren Kolleginnen und Kollegen informiert ist. Als GdP lassen wir nicht nach, auch in Zukunft die Belange unserer Mitglieder zu vertreten.“

Der Landesvorstand